

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhebt bis auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 2 M., durch unsere Kurstörer zugerechnet in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen Vierteljährlich 7 M., mit Postaufschlag. Alle Postaufschlüsse und Postbehalten sowie unsere Kurstörer und Geschäftsstellen nehmen jedwergl. Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Erhebt seit

dem Jahre 1841

Inserentenpreis: 2 M. für die 6-spaltige Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2-spaltige Korpuszeile 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Belohnungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Korpuszeile 2 M. Nachweisungs-Gebühr 2 Pf. Anzeigenannahme bis viermalige 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis ist, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 56.

Dienstag / Mittwoch 14. / 15. Mai 1923.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Franzosen haben bei Karlsruhe einen neuen Vorstoß durchgeführt.
- * Die Bahnerordnung ist von General Degoutte auch auf das rechtsrheinische besetzte Gebiet ausgedehnt worden.
- * Vom 1. Juni ab werden die Abzüge von der Lohnsteuer wesentlich erhöht.
- * Wegen fortgesetzter Angriffe auf die Schweiz werden die Bundesbehörden gegen den russischen Delegierten Ahrens mit der Ausweisung vorgehen.
- * Der in New York eingetroffene amerikanische Botschafter in Berlin Houghton erklärte, Deutschland habe alle Hoffnung auf Erzielung auswärtiger Hilfe bei der Regelung des Reparationsproblems ausgegeben.

England und Rußland.

Vierzig Jahre alt war der jetzige englische Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident, Lord Curzon, erster Earl von Kedleston, als er Vizekönig von Indien wurde, ihm zur Seite als Vizekönigin eine millionenschwere Amerikanerin; 1893 bis 1905 bekleidete er dieses Amt, eines der allerwichtigsten, das England zu vergeben hat. Und er hat sich immer noch als Vizekönig von Indien gefühlt. Viel war er in Asien herumgereist und schon der Dreißigjährige hatte ein Buch über „Rußland und Zentralasien“ geschrieben.

„Rußland und Zentralasien“ — das wurde stärker und immer stärker das vorderasiatische, wurde überhaupt das englische Problem. Unaufhaltsam schob Rußland von Asien und dem Wolgabekken aus die Fäden, die Expeditionen, die Truppen nach Sibirien zu, nach Persien, das Pamirhochland, Tibet hinein. Immer stärker spitzte sich der englisch-russische Gegensatz zu, immer bedrohlicher zogen die Wollen von Norden her heran gegen die Grundpfeiler der englischen Weltmacht, Indien, wo Lord Curzon thronte.

Da schaffte ihm die Nacht des 6. Februar 1904 Luft, als in Port Arthur die japanischen Torpedoboots über die russischen Schiffe herfielen. Und ein paar Wochen später hielt Lord Curzon seine so berühmte Rede über die Gladstheorie, die zur Nichtschürmung der englischen Politik wurde, bis ihr 1918 die reifen Früchte in den Schoß fielen: In Indien hatte sein Gladst nach Norden mit Tibet, nach Westen herüber bis zum Nil. Und der Gegner von einst, den die Staatskunst Eduards VII. zum Freund gemacht hatte, so sehr, daß der englische Gesandte Buchanan in Rußland vielleicht mächtiger war als der Zar, ward jetzt schmertzt durch Krieg und Revolution.

Doch seit einiger Zeit beginnt das Sowjetrußland außenpolitische Aktivität zu zeigen. Vergeblich waren die englisch-französischen Versuche gewesen, den Bolschewismus zu vernichten mit Hilfe der „weißen“ Armeen, das mißlang. Und die erste außenpolitische Tat der Sowjets war das Bündnis mit der um ihr Dasein ringenden Türkei; am Widerstand beider scheiterte der englische Versuch, in Vorderasien reinen Tisch zu machen. Nun ist Lord Curzon der offizielle Leiter der englischen Politik und für ihn gibt es eigentlich immer nur noch das Problem: Indien-Borderasien. Der uralte Gegensatz zwischen England und Rußland kassiert seit dem Augenblick wieder auf, als der englandfreundliche Kerenski am 7. November 1917 von Lenin gestürzt wurde — seitdem kam man nach jahrelangem Krieg über ein kühles Verhältnis nicht hinaus.

Wenn die Botschafterkonferenz vor kurzem Polen gewaltige Gebiete Westrußlands zusprach, so gab der englische Vertreter seine Zustimmung, weil mit dieser Entscheidung Rußland aus tiefster Not gerettet wurde. Aus Gegensatz gegen Rußland ist England polenfreundlich; aus Gegensatz gegen Rußland begrüßt England die kleine Entente, stützt es Rumänien, das Rußland Bekarabien entriß. Niemals hat England offiziell die Sowjetregierung anerkannt, weil auch diese eines Tages außenpolitische Aktivität beweisen mußte. Überall, in Genf wie jetzt in Lausanne, sucht es die Vertreter der Sowjets fernzuhalten; jetzt sendet es ein Kanonenboot an die Murmanküste, angeblich um die dortige englische Fischereiflotte gegen russische Übergriffe zu schützen. In Moskau spricht man schon von Krieg, und der bekannte Karl Radek, der zurzeit zusammen mit dem Berliner russischen Botschafter gerade in Berlin eingetroffen ist, richtete heftige Angriffe gegen den von alters her russenfeindlichen Lord Curzon. Bei dem ganzen Streit handelt es sich um eine Lappalie: England verlangt von Rußland, eine Dreimeilenbreite der Territorialgewässer anzuerkennen, die aber England als Meer betrachtet. Rußland sieht darin einen englischen Eingriff in die Souveränität der Moskauer Regierung oder vielmehr einen Ausbruch der englischen Feindschaft.

Neben nachpolitischen Gründen, aber natürlich in geringerem Maße, spielen in der englisch-russischen Gegnerschaft noch andere Momente mit, die man am besten schlagwortartig mit: dort Kapitalismus — hier Kommunismus.

kennzeichnet. Das schwingt aber durcheinander, weil der allmählich immer kapitalistischer werdende Kommunismus sich gegen eine wirtschaftliche Überwältigung durch den englischen Kapitalismus und damit englischen Machtwillens aufs heftigste sträubt. Rußland, das ja wirtschaftlich aufs schwerste notleidet, sehr starke wirtschaftliche Bedürfnisse hat, will sich aber nicht einfach zum englischen Ausbeutungsobjekt machen lassen.

Moskau hat Krassin, seinen erfahrensten Wirtschaftspolitikern, nach London entsandt, um mit Curzon zu verhandeln; sollte man zu keiner Einigung kommen, so soll die Londoner russische Handelsdelegation aufgelöst und damit der letzte offiziöse Faden zwischen beiden Ländern zerrissen werden. Dann ist der alte Gegensatz wieder da, den Lenin am 8. November 1917 in die Worte kleidete, die er vor der ersten Sowjetversammlung sprach: Niemals ist Deutschland ein Feind Rußlands gewesen; der wahre, ewige Feind Rußlands heißt — England.

Ablehnung der deutschen Reparationssumme.

Die englische Antwortnote auf das deutsche Angebot ist dem deutschen Botschafter in London überreicht worden und erweckt fürs erste keinen so üblen Eindruck, wie es die übliche Sechslampagne der Scharfmacher vom Quai d'Orsay hätte vermuten lassen. Sie ist höflich gehalten, aber im Kerne ihres Inhalts bedeutet sie doch nichts anderes als eine Ablehnung des deutschen Angebots. Abgelehnt wird vor allem die von Berlin gebotene Reparationssumme, abgelehnt wird der Passus der Garantien im deutschen Anerbieten, der natürlich mit vollem Recht vorerst nicht bestimmter gehalten sein konnte, da jede Garantie selbstverständlich von der Ausnahme der angebotenen Gesamtsumme bei den Alliierten abhängt, deren Charakter wir von vornherein nicht kennen konnten. Und als abgelehnt müssen schließlich die Stellen des deutschen Angebots betrachtet werden, die sich Downingstreet nicht erst die Mühe nimmt, zu beantworten, also die Regelung der gesamten Reparationsfrage durch ein Gremium von Westmächtern und die Schaffung von Sicherheiten an der deutschen Westgrenze, die Deutschlands Interessen mindestens ebenso schützen sollen, wie die französischen. Wenn trotzdem die britische Note einen Schimmer des Tröstlichen für uns enthält, so liegt das daran, daß sie in aller Form Englands Bereitschaft betundet, die Lösung der Reparationsfrage tunlichst zu fördern und daß sich die britische Regierung in ihrem Schreiben nicht, wie man anfangs erwartete, Frankreich mit Haut und Haaren verschrieben hat.

Aber auch die italienische Note ist überreicht worden und entspricht der englischen in vollkommener Weise. Wir finden die gleiche höflich-lüblige Form und die Anwendung ganz ähnlicher Ausdrücke, wie sie Lord Curzon für gut befunden hat. Die Ziele, auf die Mussolini hinsteuert, sind im wesentlichen die gleichen, die die englische Note uns anempfiehlt, hauptsächlich die Wiederholung des deutschen Angebots auf erweiterter Grundlage.

Französischer Vorstoß bei Karlsruhe.

Truppenverstärkungen im Ruhrgebiet.

Die Franzosen, die sich bisher begnügt hatten, den Karlsruher Hafen zu besetzen, sind am Sonnabend einen Kilometer vorgerückt, haben das Bahngleis überschritten und an der Leichenstraße einen Posten stationiert. Nach der Erklärung des französischen Offiziers soll das besetzte Gebiet sich jetzt bis zur Straße Mühlburg-Aniefingen ausdehnen. Der Bahnhof Mühlburg ist noch nicht besetzt. — Aus dem Amtsbezirk Reddinghausen werden starke Truppenverschiebungen zum Zwecke der Truppenverstärkung gemeldet.

Neue Eisenbahnsprengung.

Auf der Strecke Bottrop-Osterfeld, etwa 800 Meter nördlich des Rhein-Herne-Kanals, ereignete sich eine außerordentlich umfangreiche Sprengung. Die Detonation war so gewaltig, daß teilweise in Essen, das etwa 6 Kilometer von der Sprengstelle liegt, die Fensterscheiben erzitterten. Durch die Sprengung ist die nördliche Verbindung Wanne-Duisburg-Weidenrich unterbrochen. Es bleibt den Franzosen jetzt vorläufig nur noch die Verbindung über Reitwig-Werden.

Ein Todesurteil!

Das geheime französische Kriegsgericht.
Das Düsseldorf'sche französische Kriegsgericht verhandelte gegen den Kaufmann Albert Leo Schlageter, Berlin, Kaufmann Hans Sadowsky-Essen und fünf andere Deutsche. Die Anklage wirft ihnen vor, im Ruhrgebiet Nachrichten gesammelt, Berichte und Schriftstücke an deutsche Behörden übermittelt, Anschläge gegen Personen der Besatzungstruppen, Beamte der Alliierten oder von ihnen abhängige Personen verübt, ferner an der Bahn

Wagen-Essen und Werden-Reitwig vorsätzlich Bahnkörper durch Sprengstoffe zerstört, beschädigt oder zu beschädigen versucht zu haben. Die Angeklagten stellten die ihnen zur Last gelegten Taten in der Verhandlung entschieden in Abrede.

Trotzdem wurden verurteilt: Schlageter wegen angeblicher Spionage und Sabotage zum Tode, Sadowsky zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Die anderen erhielten Strafen von 5 Jahren Gefängnis bis zu 20 Jahren Zwangsarbeit.

Neue Massenausweisungen.

Durch Spahis vertrieben.

Die Franzosen haben in Rong und Karthaus weitere fürchtbare Maßnahmen ergriffen. Rund hundert Eisenbahnerfamilien mußten in kürzester Frist ihre Wohnungen verlassen, ohne daß ihnen gestattet wurde, das geringste mitzunehmen. Ganze Viertel wurden auf den Bahnhof gebracht und sofort abtransportiert. Um sich die Möbel der Eisenbahner zu sichern, haben die Franzosen in beiden Orten von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens eine vollständige Verkehrs-Sperre verhängt.

Im Reichsbahndirektionsbezirk Ludwigschafen wurden 29 Eisenbahnbedienstete mit Frauen und Kindern ausgewiesen. Ein Teil der Ausgewiesenen erhielt unter Androhung von Strafe den Befehl, den Haushalt mit Ausnahme von Kleidungsstücken und dergl. im jetzigen Zustande zu verlassen.

Die Verurteilten.

Seit dem Tage des Einbruchs in heftiges Gebiet sind von französischen Kriegsgerichten heftige Staatsangehörige zu insgesamt 123 Jahren und zwei Monaten Gefängnis und 35 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Rechnet man noch die vom Kriegsgericht Mainz verurteilten anderen nichtheftigen deutschen Staatsangehörigen hinzu, so erhöht sich die Gesamtzahl auf 200 Jahre Gefängnis, 72 Millionen Mark und 311 000 Frank Geldstrafen.

Krupp von Bohlen und Hasbach und die anderen mit ihm in Werden verurteilten Herren wurden nach dem Gefängnis in Derendorf gebracht, wo sie vorläufig bis zur Entscheidung über die Revision verbleiben werden. — Die Verteidiger des vom Kriegsgericht des Brückentopfes Düsseldorf zum Tode verurteilten Schlageter und des zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilten Sadowsky legten gegen das Urteil Revision ein.

Das tote Essen.

Der Proteststreik gegen das Krupp-Urteil.
Aber das Bild, welches die Stadt Essen während des fünfständigen Proteststreiks bot, wird berichtet.

Schon lange vor 11 Uhr, dem Zeitpunkt, an dem der Proteststreik gegen das Werdener Urteil beginnen soll, haben die Geschäfte und Hotels geschlossen. Die Fenster werden verhängt, sämtliche Gymnasien, Lyzeen und Volksschulen entlassen um 10 1/2 Uhr die Schüler. Um 11 Uhr beginnen die Sirenen der Fabriken zu heulen. Kurz darauf öffnen sich die Tore der großindustriellen Werke, und die Flut der Arbeiter und Angehörigen ergießt sich in die Straßen. Alles strömt eilig nach Hause. Unangenehm und fast wie eine Herausforderung wird es empfunden, daß gerade in diesem Augenblick ein französisches Auto mit zwei höheren Offizieren sich den Weg durch die mit Kruppischen Arbeitern dicht gefüllte Altendorfer Straße bahnt. Ihren Höhepunkt erreicht die Kundgebung, als Punkt 12 Uhr in den menschenleeren Straßen auch die elektrischen Straßenbahnen für eine Viertelstunde stehenbleiben und alles Leben erloschen scheint. Die Kundgebung der gesamten Essener Bevölkerung, mit der sich das ganze Ruhrgebiet solidarisch fühlt, nahm einen wahrhaft erhebenden Verlauf und zeigte den einseitigen, unbewussten Willen einer Bevölkerung, die sich ihres Deutschland bewußt ist. Erst um 3 Uhr an setzte der Verkehr langsam wieder ein. Um 4 Uhr riefen die Sirenen zu neuem Schaffen.

Die Unterfuchung des Gesandtenmordes

Die Ursachen des Attentats in Lausanne.

In Lausanne wurde der Mörder Conradi vom Untersuchungsrichter verhört. Er wiederholte, daß er seine in Rußland gemarkete Familie rächen wollte. Auf die Frage, welchen Organisationen er angehört, verweigerte er die Auskunft. Eine Spur der Polizei scheint nach Genf zu führen, von wo der Mörder einen Geldbrief erhalten haben soll. Conradi hat nach der russischen Revolution unter den Generalen Kornilow und Wrangel gegen die Bolschewisten gekämpft. Nach der

niederlage der Weissen Armes kam er 1921 in die Schweiz, wo er eine Anstellung fand. Er ist der Sohn eines bekannten Petersburger Schokoladenfabrikanten, der unter bolschewistischer Herrschaft im Gefängnis vor Hunger gestorben sein soll.

Beisetzung Worowskij in Petersburg.

In Lausanne fand eine vorläufige Aufbahrung der Leiche Worowskij in der Kapelle eines am Ufer des Genfer Sees gelegenen Friedhofes statt. Für Sonntag war am Lausanner Bahnhof eine groß angelegte Trauerfeier vorgesehen, worauf die sterblichen Überreste des Delegierten nach Moskau übergeführt werden sollten.

Der Schweizer Bundesrat

hat beschlossen, einen hohen Beamten des politischen Departements nach Lausanne zu entsenden, um den Opfern des Attentats und ihren Angehörigen das Beileid auszusprechen. Die Lausanner Polizei gab bekannt, daß sie auf der zweiten Konferenz nicht aufgefördert wurde, Maßnahmen zum Schutz der Russen zu ergreifen, die im übrigen als Privatpersonen gelten. Außerdem habe die Polizei keine Kenntnis von einem Komplott gegen Worowskij gehabt. Gegen den russischen Botschafter A. Brens werden die Schweizer Behörden wegen seiner forgesetzten Angriffe auf die Schweiz mit der A u s w e i s u n g vorgehen. Von den in Lausanne anwesenden Delegationen haben bisher nur die Türken den Russen ihr Bedauern über den tragischen Tod des Herrn Worowskij ausgesprochen.

Deutscher Reichstag.

(359. Sitzung)

OB. Berlin, 12. Okt.

Zuerst kamen kleinere Angelegenheiten. Das deutsch-polnische Abkommen über das Rechtsmittelverfahren in Oberschlesien wurde in allen drei Lesungen ohne Auseinandersetzung angenommen. Abg. Deinemann (D. Volksp.) gab hierauf zu dem von einem Ausschusse herantenden Antrag über die Neuordnung der Lehrerbildung im Namen aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, eine Erklärung ab, in der eine schleunige gesetzliche Neuordnung der Lehrerbildung verlangt wird. Staatssekretär Schulz bemerkte dazu, die Regierung wolle diesem Verlangen des Reichstages entsprechen.

Das Staatsgesetz für 1923 wurde ohne Auseinandersetzung in allen drei Lesungen angenommen. Zu einer noch vom Haushalt des Reichsarbeitsministeriums vorliegenden Entscheidung über die Unterstützung notleidender Anstalten beantragte Abg. Dr. Schreiber (Zentrl.) die Bewilligung von 12 Millionen, von denen drei Viertel den Anstalten der Religionsgemeinschaften überwiesen werden sollen. Nachdem auf Vorschlag der Regierung der Ausdruck „Anstalten der Religionsgemeinschaften“ in „kulturelle Einrichtungen gemeinnützigen Charakters“ umgeändert worden ist, wird der Antrag angenommen. Es folgte die 3. Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums des Innern in Verbindung mit der Interpellation der Deutschnationalen, die sich gegen die

Auflösung der Deutschvölkischen Freipartei
und gegen das Verbot aller Selbstschutzorganisationen wendet.

Abg. Graf Westarp (Deutsche) begründete die Interpellation, wobei er betonte, die Interpellationen entsprängen nicht parteipolitischen Rücksichten. Wir wollen damit auch nicht in ein schwebendes Verhängnis eingreifen, obwohl wir zum Staatsgerichtshof, der ein reines Parteigericht ist, kein Vertrauen haben. Der Staatsgerichtshof hat in einer vorläufigen Entscheidung das Verbot der Deutschvölkischen Freipartei bestätigt. Er hat dabei seine Aufgabe als Verwaltungsgericht nicht richtig verstanden. Wenn der Staatsgerichtshof erklärt, es sei ausgeschlossen, daß Minister Seevering einseitig über zu schief vorgegangen sei, so ist das ein ganz unangebrachtes Urteil, denn wir uns nicht anschießen können. Wenn man einzelne Vereine auflösen kann, so ist es mit Parteien doch etwas anderes. Mit dem Verbot trifft der Minister eine reine Vermögensgemeinschaft. Nach dem Wortlaut von Seeverings Erklärung wäre sogar die deutschvölkische Fraktion verboten, ein Verbot, das selbst der Staatsgerichtshof nicht für möglich hält. Mit

Die 13 Toten von Essen

rufen: Wir sterben für Euch, helft unseren Brüdern,

geht zum

„Deutschen Volksoffer“.

der zweiten Verfassung und dem Grundgedanken des demokratisch-parlamentarischen Systems steht das Verbot des Ministers in unlösbarer Widerspruch. Der Staatsgerichtshof hat den Begriff der „Beschimpfung“ sehr verengt. Er hat z. B. schon eine Beschimpfung der Republik in der Bemerkung gesehen „In der deutschen Republik genießen die Juden größere Rechte als andere Staatsbürger“. Diese Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes grenzt an Väterlichkeit und macht dieses Gericht zu einem einseitigen politischen Rechtsinstrument, das ohne Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit arbeitet. (Wiedfall rechts!) Das Recht der Notwehr und der gemeinsamen Ausübung dieser Notwehr werden jene Organisationen sich auch durch den Minister Seevering und durch den Terror der Strafe nicht nehmen lassen. Wir verlangen auch die Aufhebung der Ausschlußbestimmungen des republikanischen Schutzgesetzes.

Reichsminister des Innern Oster

erklärte, die Gründe für das Verbot der Deutschvölkischen Freipartei sind vom Staatsgerichtshof eingehend nachgeprüft worden, und ich darf annehmen, daß damit die Interpellation in diesem Teile ihre Erledigung gefunden hat. (Große Unruhe und Rufe rechts: „Das ist eine Verhöhnung.“) „Rein.“ Eingeklinkte der Minister, „das ist eine einseitige Feststellung. Mir liegt die Begründung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes vor. Darin wird ausgeführt, die Deutschvölkische Freipartei sei als Partei anzuerkennen, aber nach dem republikanischen Schutzgesetz sei auch das Verbot politischer Parteien durchaus möglich. Nur Fraktionen könnten nicht verboten werden. Der Staatsgerichtshof erklärt schließlich Klarheit über die Begründung des Verbotes kann erst durch den Ausgang des Prozesses klargestellt werden. Zu der Interpellation erklären wir, es ist allein Aufgabe des Staates, die Freiheit der Versammlungen zu schützen. Dazu bietet das kirchlich verabschiedete Gesetz über den verfahrensrechtlichen Beschutz neuer Handhabe.

Der Schutz gegen Gewalttaten ist Sache des Staates, nicht einzelner Staatsbürger oder einzelner Organisationen.

Es entspricht deshalb durchaus den Ansichten der Reichsregierung, wenn die preussische Staatsregierung solchen Saal- und Selbstschutzzorganisationen von rechts und links energisch entgegentritt. Der Minister schloß damit, daß er die Angriffe des Abg. Westarp gegen die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes entschieden zurückwies.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir bedauern, daß die Reichsregierung dem gefährlichen Treiben der Reaktion in so toleranter Weise zusehen hat wie bisher. Wir Sozialdemokraten wollen Freiheit der Presse, wir wollen sogar eine gewisse Schimpffreiheit zulassen, aber wie wollen nicht die Schimpffreiheit zulassen. Die weiteren Ausführungen des Redner wanderten sich gegen die Deutschvölkischen, wobei er bemerkte, bei dieser Partei handele es sich um eine Verschwörerorganisation. Gegen die Rechts- und Linksbolschewisten ist tatsächlich ein zweierlei Maß gemessen worden, aber nicht zum Schaden der Rechtsbolschewisten. Die Erklärung des Grafen Westarp, das Verbot einer Partei sei unzulässig, gab hierauf dem Redner Anlaß, in ausführlicher Weise auf das Sozialistengesetz einzugehen. Unter großer Bewegung des Hauses verlas der Redner Briefe des Abg. Wulle und anderer völkischer Führer und Unterführer. Die Deutschvölkische Freipartei sei eigentlich nur der Deckmantel, unter dem alle Organisationen untertäfelten könnten. Ferner beschuldigte sich der Redner mit anti-republikanischen Kundgebungen in der Reichswehr. Nach weiteren Angriffen gegen die Deutschvölkischen, die wiederholt förmliche Aufrufe hervorriefen, schloß der Redner mit dem Worten, die Arbeiter sind die Stütze der Regierung. In dem wertvollen Volke, das die Republik geschaffen hat, liegen auch die Grundlagen ihrer Kraft.

Abg. Marchly (Deutsche Volksp.) verteidigte die Haltung seiner Partei im Breussischen Abgeordnetenssaal und wandte

sich dann gegen verschiedene Ausführungen des Abg. Scheidemann.

Abg. Henning (Deutsche Volksp.), den der Abg. Scheidemann beschuldigt hatte, einem Manne, den er für den Mörder Erzbergers hielt, zur Flucht verhelfen zu haben, wies diese Beschuldigung energisch zurück.

Dann verlegte sich der Reichstag auf Montag.

Französische Offenherzigkeiten.

(Von einem Mitarbeiter an der Ruhr.)

Unserem Mitarbeiter, der das Ruhrgebiet bereist, ist es gelungen, direkte Beziehungen zu Franzosen zu erlangen. Was er sah und hörte, was sie ihm erzählten und berieten, wird im nachfolgendem Auszuge berichtet.

I.

Man möchte gern wissen, wie die Franzosen denken. Die deutschen Quartiergeber, denen zwangsdeweise französische Offiziere zugeteilt sind, vermeiden Gespräche mit ihnen, obgleich die uniformierten Männer es immer wieder versuchen, sich ihnen sozusagen gesellschaftlich zu nähern. Wenn das nicht geht, schütten sie Hausangestellten gegenüber ihr Herz aus. Da ist einer, der beklagt sich im Hause des Rechtsanwalt Niemeyer in Essen gegenüber der Stütze, wie vereinsamt er sich hier fühle. „Es ist geradezu entsetzlich, daß man wie ein Aussätziger behandelt wird! Kein gebildeter Mensch spricht mit uns. Man hat auch nichts zu tun. Man sitzt immer wieder mit den Kameraden im Kasino, aber wir können einander nicht mehr riechen!“

Ähnlich äußern sich mir gegenüber andere Offiziere. Erst in den allerletzten Tagen meines Aufenthalts im Ruhrgebiet habe ich die Verbindung mit ihnen aufgenommen. Ursprünglich hatte ich nicht daran gedacht, aber nun erwacht der sportliche Eifer bei der Erkundung. Goethe sagt: soviel Sprachen man spricht, soviel man ist man Mensch. Gut, ich ziehe also für eine Weile einen anderen Menschen an, sagen wir einmal, einen Spanier. Meine Frau, erzählte ich, ist eine Französin. „Oh, mon commandant, wir haben sogar einen Vetter im französischen Offizierskorps gehabt, er möchte wohl Ihr Altersgenosse sein, der George Etienne aus Nancy, haben Sie den nicht gekannt? Er ist leider schon vor dem Kriege gestorben.“

Nachdem ich an den einen den Anschluß gewonnen habe, ist der Anschluß an weitere leicht. Ich frage, warum man eigentlich den Irrsinn bezugene habe, am Ostermontag 13 Kruppische Arbeiter zu erschließen, was doch die Deutschen ungebauer aufregen müßte.

„Die Sirenen, mein Herr, die Sirenen, das war ja ein tierisches Geheul in der Lüste! Da kam man schon die Herzen verlerren. Was wollen Sie, unsere Leute hatten natürlich Angst! Und wenn der Soldat Angst hat, dann schießt er ein.“ Ganz klar.

II.

Aber hinterdrein die offenbar im voraus beschlossene Beurteilung der Krupp-Direktoren, was wollte man denn damit erreichen?

„Das ist unser altes, bewährtes System auch aus anderen „Kolonen“, mein Herr. Die Hauptlinge der Eingeborenen werden erstickt oder weggeführt. Die sibirische Masse lüßt dann. Wir werden rücksichtslos bis zum Siege die Beamten, die Verkehrsleiter, die Industriekapitäne, ja die Gewerkschaftsführer entfernen. Mit dem Rest der Deutschen im besetzten Gebiet, mit der Masse, haben wir dann leichtes Spiel.“

Der Schlag gegen die Krupp-Werke gift den Franzosen als Stoß direkt in das Herz des Feindes. Sie glauben nicht, daß dieses Königreich der deutschen Industrie das politisch neutralste bei uns war, sie halten es für einen Herd des Nationalismus, sie sehen in dem zurückhaltenden, immer noch den Diplomaten verrätenden Herrn Krupp v. Bohlen und Dalbach einen Eiferer der Re-

Das Heiratsjahr.

Ein Lustspiel-Roman in zwölf Kapiteln.
Von F. J. J. J. J.

(18. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Wir wollen gut machen, was noch gut zu machen ist,“ bemerkte Tübingen. „Es fragt sich nur: Bowle oder reinen Sekt?“

Semper wehrte sich; er hätte um feinerer Umstände. Aber Tübingen ließ ihn schweigen.

„In diesem Falle haben Sie nicht mitzurechnen, Semper. Sie sind der Befehlsführer, wir die Richter. Ich bin für das mildeste Strafmaß: eine Bowle — und zwar deshalb, weil — wie mir meine liebe Frau soeben zuflüstert — frische Walderdbeeren im Hause sind. Wer einstimmt, der habe die Hand empor.“

Alle taten es; die Jungen unter wildem Gekohle.

„Ich möchte mir noch einen Vorschlag erlauben,“ sagte Haarhaus. „Wir haben Bollmond und die Lust ist wunderbar. Können wir nicht mit der Bowle in den Garten wandern? Dann scheint der Mond in die Goldtute des Weines hinein, ein Effekt, den ich schon mehrfach erprobt habe und als den Höhepunkt der Genüsse preisen kann.“

„Bravo!“ rief Graf Teupen. „Das ist epikurisch; das ist äußerst vornehm. Eine Vereinnahmung des Aesthetischen mit dem Materielle.“

Auch die jungen Damen, die diese Idee sehr poetisch fanden, zollten Beifall.

Tübingen rief den alten Riedede: „Hier Sillery moussieur, sechs Moselblümchen und eine Raudenthaler; das wird vorderhand genügen. Und dann Eis.“

Als Riedede mit dem Wein zurückkam, hatte man beinahe abgesehen. Das war allen recht. Draußen lockte der Mond, und auch eine verspätete Nachtigall schlug noch im Flieger.

Riedede brachte die Bowle, ein riesiges Gefäß, das in einer noch riesigeren Bronzschale stand, die mit Eisstücken gefüllt wurde. Die Bowle war das Abschiedsgeschenk der Kameraden von der Garde an Tübingen, und jedesmal, wenn der dicke Baron sie sah, ward er wehmütig und begann in Erimmerungen zu schwelgen.

„Kinder, was trank man damals zusammen,“ erzählte er, während er den Mosel einfüllte. „Ich kann mir nicht vorstellen, es geht ein leichterer Zug durch die Welt. Dennemals mußte alles schwer und kräftig sein; das nannte man gelbes. Auch die Bowlen. Die waren so ähnlich, wie die vom alten Kleemann. Wir nahmen immer ein paar Flaschen Portwein dazu. Man mußte die Gediegenheit auch spüren. . . Riedede, nun mach' den Sekt auf!“

Der Alte war unvorsichtig. Er ließ einen Pfropfen springen. Es gab einen Knall und dann sog der Pfropfen zuerst an die Decke und an das Ohr der Pfropfenmphe, das Benedikte auf niederländische Art übermalt hatte, und sprang hierauf zurück und zwar mitten auf den Tisch. Die Jungen brüllten vor Ueberrnut, und der Mousseur schäumte lustig aus dem Flaschenhalse.

Dabei fiel Benedikte etwas Besonderes ein.
„Papa,“ sagte sie, „kannst du mir nicht einmal ein Glas Champagner geben? — Ich habe mich nämlich neulich mit Trude gestritten. Trude meinte, da wäre Wunder was dabei, ein Glas Champagner in einem Zuge auszutrinken, so wie es Doktor Haarhaus und Semper immer machen. Ich glaube aber, das ist ganz leicht.“

Die Mama erklärte, Benedikte möchte diese Kunststücke doch lieber den Herren überlassen, wogegen Tübingen meinte, er fördere jeglichen Wissensdurst und von Riedede ein paar Spitzgläser kommen ließ. Nun machten Haarhaus und Semper erst die Sache vor. Dann kam Benedikte an die Reihe.

„Ja,“ sagte sie, „das ist gar nichts!“ Aber der prickelnde Duft des Mousseur stieg ihr in die Nase. Sie nieste und lachte, setzte an, verschluckte sich und goß sich den Champagner auf die Nase. Jetzt wurden auch die Großen zu Kindern. Die Baronin protestierte zwar, aber Tübingen wollte sehen, ob er das auch noch könnte. Zu guter Letzt probierte unter allgemeiner Heiterkeit selbst Graf Teupen den „Hufacentrum“. Und er gelang ihm.

„Seht ihr, es geht noch,“ sagte er lachend. „So, Kinder, die Zeiten ändern sich. Ich war bei den Sago-Borussen aktiv, und mein alter Heidelberger Magen hat lange genug vorgehalten. Aber die diplomatischen Diners ruinieren den Menschen.“

„Fertig!“ rief Tübingen, als er die letzte Flasche Sekt in die schäumende Blut quillen ließ. „Riedede, ist der Tisch unter den Kastanien gedeck?“

„Zu befehlen, Herr Baron; Stupps hat ihn gedeck.“
Unter den Kastanien war es in der Tat herrlich. Die Luft lau und von Blütenduft durchweht. Der Bollmond rückte gerade über die Ahornbäume herauf, die den Park nach der Dorfseite abgrenzten und dort bewegungslos, gleich riesigen schwarzen Schildwachen, standen. Die Atmosphäre war wie mit Gold durchrieselt. Riedede wollte eine Gartenlampe auf den Tisch setzen, aber man schickte ihn wieder zurück. Es war hell wie am Tage. Die Kieze glänzten schneeweiß. Haarhaus gab der Bowle ihren Platz, so daß tatsächlich der Mond in sie hinein schien. Alle bewunderten die Wirkung, erhoben jedoch lärmenden Widerspruch, als Graf Teupen scherzend sagte, das Bild sei zu schön — man solle die Bowle nicht austrinken, sondern sich nur an ihrem Anblick erfreuen.

Max war bisher sehr still gewesen. Das fiel nicht auf; er hatte von seiner früheren Lebhaftigkeit viel eingebüßt, seit er

in Afrika gewesen war. Die Eingeweihten wollten wissen, daß das noch der Nachhall seiner romantischen Liebesepode mit Fräulein Warnow sei. Als die Gäste aber gefüllt auf dem Tische standen, räusperte er sich, stand auf und hielt zu aller Verwunderung eine hübsche, kleine Rede auf das Geburtstagskind.

Nun wurde auch er vergnügt. Man posierte tapfer und plauderte dabei vom Hundersten ins Tausendste. Selbst die Baronin war in guter Laune, aber als Benedikte ein drittes Glas trinken wollte, fand sie dies empörend.

„Ach was,“ sagte Tübingen, „sei gemächlich, Eleonore! Von jeher waren aller guten Dinge drei — und Zimperlichkeit kann ich nicht leiden. Herr Freese, schauen Sie nicht immer in den Mond und in die Augen von Miß Nelly! Sprechen Sie auch einmal ein Wort! Hat Ihnen Ihr Freund Reinhold noch nicht geantwortet?“

Der Kandidat erwiderte bei der Anspielung auf die Augen Nellys.

„Ja, Herr Baron,“ antwortete er; „der Brief kam mit der Abendpost, aber ich wollte nicht stören.“

„Nun? Was schrieb er denn? Hat er sein Bild mitgeschickt?“

„Auch das, Herr Baron —“
Und Freese griff in seine Brusttasche, holte ein Kuvert hervor und entnahm diesem eine Photographie, die er Tübingen reichte.

Der Baron stand auf und trat weiter in das Mondensicht hinein.

„Nanu?“ sagte er; „hören Sie mal, Freese, haben Sie sich nicht etwa vergiffen? — Das ist ja ein Gymnasiast — mit 'ner Negennahe. . . Eleonore, sieh bloß! Das ist doch im Leben kein Pastor. Mit so einem vergnügten Gesicht!“
Die Baronin nahm das Bild. Sie war entsetzt oder tat doch so.

„Nein, das ist unmöglich, Oberhard. Das ist erstens einmal ein Kind, und zweitens sieht mir der junge Mensch zu lustig aus. Den würde niemand ernst nehmen.“

Das Bild ging im Kreise herum. Währenddessen öffnete Freese den Begleitschein Reinholds.

„Ich bitte um Verzeihung, Frau Baronin,“ sagte er bescheiden, „wenn ich mir einen Einwurf erlaube. Als ich Reinhold kennen lernte, fürchte mich auch zunächst sehr — ich möchte sagen — humoristisches Gesicht. Es schien mir durchaus nicht zu seinem Beruf zu passen. Und da hat er mir dann in der Folge sein Herz ausgeschüttet. Sein Vater, Großvater und Urgroßvater waren Gelehrte. Er selbst neigt seinem inneren Wesen nach zum Ersten und Beschaulichen, zu seelischer Reflexion. Er hat viel mehr von schwerem Gebäl als heiterer Natur. Aber das Unglück ist, daß ihm das keiner glaubt, weil er ein so unangenehm sündiges Gesicht mit auf die Welt bekommen hat.“
(Fortsetzung folgt.)

vantage. Sie meinen, jeder Industrielle sei ein „Akteur“, stammend etwa wie der alte Geheimrat Kirbors, sie können es sich gar nicht vorstellen, daß in den Kruppwerken nur die berufliche Arbeit ganz allein etwas gilt, und daß schon vor dem Kriege nur ein kleiner Teil ihrer Produktion die Kanonen waren. Sie haben ja in Ihren Kreuzer-Werken das beste Beispiel für einen nationalistischen Betrieb.

„Aus Essen gehen wir nie heraus!“

III.

Aber sie schwanken zwischen Siegeszuversicht und Hoffnungslosigkeit. Das wechselt wochenweise. Dieser Tage erklärte General Dabigne: „Spätestens am 15. Juni ist unser Geschäft erledigt, der Friede in unserem Sinne hergestellt.“ Kurz zuvor hörte ich von einem anderen höheren Offizier das Wort: „Die Boches müssen jetzt schnell auf die Arnie gezwungen werden, denn den Höhepunkt unserer Möglichkeiten haben wir bald überschritten.“ Der deutsche Widerstand übertrifft jedenfalls alle ihre Erwartungen.

Das interessanteste ist für mich das Urteil eines feindlichen Zivilisten. Der Belgier Hulst, mehrfacher Verwaltungsrat, mit seiner belgisch-französischen Gruppe zu 80% an einzelnen Werken im Ruhrgebiet beteiligt, wie es ja auch schon holländische und sonstige fremde Aktienmehrheiten in diesem Gruben gibt, sieht seit Ende April wieder hoffnungsvoll in die Zukunft. Hulst's Erklärung lautet wörtlich:

„Ende Januar war ich hier und war betroffen über die Stärke des deutschen Widerstandes. Da kaufte ich schließlich Dollars. Jetzt werden die Deutschen zahlen. — Lesen Sie bitte diese oder jene Neben im Reichstage! Nun laufe ich wieder Frank.“

Es liegt nur an uns, den Eindringern diese Rechnung zu verfallen.

IV.

Auch der arbeitslose Deutsche im Ruhrgebiet hat das sichere Gefühl, daß wir der ganzen Bande kulturell weit überlegen sind. Man darf ja keine Meise verzeihen, denn sie haben die Waffen. Aber innerlich, innerlich laßt jedermann Ingrimmi, sowie sich das Blättchen einmal wende, könnten wir dieses Drecksoll wieder lausen sehen.

Schon hört man Vergleiche, wie anders doch unsere Offiziere gewesen seien. Ich sehe völlig verwahrloste Artillerieoffiziere, deren Hut seit Wochen kein Offizier mehr revidiert hat. Ich sehe einen Hauptmann Boulanger, dessen „weißer“ Wädelträger so schwarz ist, als habe er wochenlang im Kohlenstaub gelegen. Ich höre den Wortwechsel eines Leutnants mit einem — Gendarmen, worauf der Leutnant achselzuckend und feige sich zurückzieht. „Nichts zu machen!“ sagt er. Ich sehe einen Major, der trotz seiner Schanzwache zusammenschrumpft, als plötzlich vor ihm ein Deutscher sich umwendet. Ich sehe einen Oberleutnant, der nicht einmal französische Orthographie kam. „Bitte ein Siegel.“ Diesen Zettel hat er keinen deutschen Briefleuten herausgegeben. Die halben Familienrat ab, was der Kerl wohl meine: Befehl, Siegel, Verschlußmarke? Er meint — einen Eier! Er hat in seinem kleinen Taschenwörterbuch nachgeschlagen, aber an falscher Stelle. Er verwechselt „jean“ mit „jean“.

Man verkehrt meist nur durch solche Zettel. Die der französischen Offiziersburden sind, soweit diese überhaupt schreiben können, natürlich französisch, aber von einem geradezu wunderbaren Französisch, einem Französisch, bei dem ein deutscher Österreicher unbedingt von der Schule entfernt werden würde.

Viele Leute bringen uns Deutschen jetzt Moral bei.

Neueste Meldungen.

Zerstörung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Trier.

Trier, 13. Mai. In Trier ist in der Nacht das Kaiser-Wilhelm-Denkmal von unbekanntem Täter vom Sockel gestürzt worden. Die Täter haben dabei Drahtseile verwendet, so daß anzunehmen ist, daß die Zerstörung von langer Hand vorbereitet war.

Verheerende Explosion.

Dronhelm, 13. Mai. Im nördlichen Teile der Mauer um die Festung Krislinsien ereignete sich eine furchtbare Explosion. Die Mauer wurde etwa in 15 Meter Länge in die Luft gesprengt. An der Unglücksstelle werden dem Militär gehörige Sprengstoffe und Munition aufbewahrt. Gewaltige Steinblöcke wurden Hunderte von Metern weggeschleudert. Durch den Luftdruck wurden in der Stadt selbst größere Ladenseiten eingedrückt. Eine 30jährige Frau wurde durch einen Stein getötet, der die Wand des Hauses durchbohrte und den Kopf der im Bett liegenden Frau zerschmetterte. Einige andere Personen erlitten Querschnitten.

Neuer russisch-englischer Zwischenfall.

Moskau, 13. Mai. Nach Meldungen aus Murman haben russische Dampfer neuerdings in einer Entfernung von etwa 4 Werst vom Ufer zwei englische Fischerboote festgehalten. Die englischen Fischerboote beachtet die internationalen Hüllsignale der russischen Nitroboote, noch einen blinden Sauf, durch den sie zum Anhalten veranlaßt werden sollten. Nach dreistündiger Jagd gelang es den russischen Schiffen, den englischen Dampfer „Lord Alder“ zu erteilen und nach Murman zu bringen. Es steht einwandfrei fest, daß die englischen Dampfer auf russischem Territorium gefischt haben.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 14. Mai 1923.

Frühling im Walde. Nunmehr hat der Frühling auch im Nadelwald seinen Einzug gehalten. Einige Wochen später als draußen auf sonniger Flur macht sich hier das Balten des Lenzes bemerkbar. Die Knospen in den braunen Hüllen an den Zweigspitzen der Nadelbäume brauchen längere Zeit zu ihrer Entwicklung, als die Blattknospen der Laubböyer. In den letzten Tagen hat sich der Maiwuchs an den Nadelbäumen entfaltet, und der sonst so düstere Nadelwald steht jetzt in voller Pracht. Das ganze jungfräuliche Maiengrün an den Zweigspitzen der Fichten, Tannen und Kiefern hebt sich von den dunklen Nadeln, die den Winter überdauert haben, scharf ab. — Vielversprechend läßt sich bis jetzt die Heidelbeerblüte an; tun ihr nicht noch Nachfröste Abbruch, so dürfen wir in diesem Sommer mit einer reichen Heidelbeerernte rechnen. — Als gern gehörter Frühlingsländler läßt der Kuckuck in unseren Wäldern wieder seinen trauten Ruf erteilen.

— Vorauszahlung auf die Einkommensteuer zum 15. Mai.

Der Dollar 12. Mai: 42992,25—43207,75 Mt.

„ „ 14. Mai: 45885,00—46115,00 Mt.

Am 15. Mai 1923 ist eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer fällig. Sie beträgt ein Viertel der für das Jahr 1921 im Steuerbescheid festgesetzten Steuer. Seitdem hat sich das Einkommen der Steuerpflichtigen außerordentlich stark erhöht. Für diesen Fall ist im Wege eine Erhöhung der Vorauszahlungen durch die Finanzämter vorgesehen. Die Finanzämter sind angewiesen, von dieser Ermächtigung in geeigneten Fällen, insbesondere dann Gebrauch zu machen, wenn die tatsächlich geleisteten Vorauszahlungen in einem auffälligen Mangelverhältnis zum gegenwärtigen Einkommen stehen. Von einer Erhöhung der Vorauszahlungen durch besondere Bescheid wird in der Regel nur dann abgesehen werden, wenn als Vorauszahlung ein Viertel der Steuer gezahlt wird, die sich nach der Steuererklärung für 1922 ergibt. Den Steuerpflichtigen wird daher empfohlen, wenn sie nicht einen besonderen Bescheid erhalten, am 15. Mai ein Viertel des Betrages zu entrichten, der aus den in ihrer Steuererklärung für 1922 angegebenen oder auf das geschätzte Einkommen des Jahres 1922 nach dem mit der Steuererklärung übersandten Tarif entfällt. Steuerpflichtige, deren Einkommen im Jahre 1922 überwiegend dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen hat, brauchen ihre Vorauszahlungen nicht zu erhöhen.

— Krüppelhilfe im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen. Infolge eines mit dem Verein Krüppelhilfe getroffenen Abkommens finden monatlich Sprechstunden statt, in welchen alle im Bezirke der Amtshauptmannschaft wohnenden Krüppel unentgeltlich Untersuchung und Beratung durch einen Spezialarzt genießen. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch den 16. Mai d. J., nachmittags 3 Uhr im kleinen Sitzungssaale des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes statt.

— Hungertaler. In der fächlichen Münze in Muldenhütten werden jetzt Denkmünzen geprägt, die für immer an die jammervollste Zeit Deutschlands erinnern werden: sog. Hungertaler. Bis hier sind Münzen in zwei Größen hergestellt worden. Die größere zeigt auf der einen Seite zwei verelendete hungernde Menschen auf, unter denen der Totenschädel grinst. Die andere Seite zeigt das Sachsendental mit der Inschrift: „1923 im Februar kostete 1 Pf. Mehl 1000 M., 1 Pf. Fleisch 4000 M., 4 Pf. Brot 700 M., 1 Glas Bier 600 M.“ Die kleinere Münze zeigt eine tragende Mutter mit einem hilfsehenden Kind, auf der andern Seite die Inschrift: „1923 im April kostete in Sachsen 1 Liter Milch 490 M., 1 Pf. Butter 11000 M.“ Diese beiden Bronzemünzen, deren Preis von 2500 bezw. 1500 M. demnächst erhöht werden wird, werden nächstens ausgegeben.

— Die letzten Kriegsgefangenen. Seitens der Reichszentralstelle angestellte Ermittlungen haben ergeben, daß in Rußland einschließlich Sibiriens noch etwa 200 bis 300 reitende deutsche ehemalige Kriegsgefangene weilen, von denen aber der größte Teil die Absicht der Heimkehr ausgesprochen haben.

— Maiblumen sind giftig! Maiblumen darf man ja nicht zwischen die Lippen nehmen, denn Stengel, Blätter und Blüten enthalten ein so stark wie Blausäure wirkendes Gift, das Convallamarin. Auch wenn Maiblumensträuße werfe man nicht fort, sondern verdienne sie lieber, weil Vögel, besonders Hühner und Tauben, unsehbar werden, wenn sie auch nur daran picken.

— Angestellten-Versicherung. Seit dem 1. November 1922 sind alle Bureauangestellten, soweit sie nicht ausschließlich mit Botengängen, Reinigung, Aufräumung und ähnlichen Arbeiten (z. B. Aktenheften, aber nicht Abschreiben oder Registraturtätigkeit) beschäftigt werden, angestelltenversicherungsspflichtig. Wenn also ein Arbeitnehmer z. B. sieben Stunden des Tages mit Botengängen und eine Stunde mit ganz mechanischer Abschreiberei beschäftigt wird, ist er jetzt angestelltenversicherungsspflichtig. Alle angestelltenversicherungsspflichtigen Bureauangestellten sind seit dem 1. Januar 1923 nicht mehr invalidenversicherungsspflichtig.

— Die nächsten Sonderzüge zum Deutschen Turnfest in München sind von der Reichseisenbahndirektion Dresden genehmigt worden. Es sollen Rückfahrkarten mit einer Genehmigungsdauer von 8 Wochen ausgegeben werden. Rückfahrt ist mit jedem fahrplanmäßigen Zuge möglich, bei Schnellzug ist der Zuschlag zu zahlen. Wenn keine Erhöhung mehr kommt, beträgt das Fahrgeid, einschließlich Rückfahrt von Leipzig rund 18000 Mark, von Chemnitz 17000 Mark.

— Angabe der Abfender-Anschrift auf der Außenseite der Postsendungen. Zur Vermeldung oft recht peinlich, mitunter sogar verhängnisvoll wirkender Verzögerungen in der Weiterabwicklung als unangenehm zurückgelassener oder vom Empfänger nicht angenommener Briefe, Postkarten usw. wird auf die dringende Notwendigkeit einer möglichst genauen Angabe des Namens, Standes, Wohnortes und der Wohnung des Abfenders auf der Außenseite der Postsendungen zum eigenen Vorteil wie auch zur Erleichterung des Postdienstbetriebes erneut hingewiesen.

— Kohlen. In der Nacht zum Freitag gegen 12 Uhr brannte in Arnsdorf das bewohnte Seitengebäude des Wirtschaftsbüros Feinich nieder. Ein Defekt in der Räucherlampe ist vermutlich die Ursache des Feuers.

— Brand-Erbsdorf. Am Donnerstag morgen stürzte bei der Einfahrt des Frühzuges von Brand-Erbsdorf auf Bahnhof Verbildorf Frau N. aus St. Michaelis aus dem Zuge und erlitt schwere Verletzungen. Die Frau wurde während der Fahrt von einem Unwohlsein befallen und stellte sich um in frischer Luft zu sein, auf die Plattform der 4. Wagenklasse. Hierbei ist sie abgeglitten und vom Zuge gestürzt.

— Bausen. Am Sonntag gab es auf dem hiesigen Buttermarkt eine lebhaftere Erregung. Dresdner Händlerfrauen, die im freien Marktverkehr nach 10 Uhr verschiedene Waren, zum Teil Eier, an sich gebracht hatten, wollte man den Abzug von den vollen Körben nicht gestatten. Hausfrauen, Erwerbslose und Händlerinnen scharten sich zusammen, und es kam zu ernsthaften Streitigkeiten. Butter war kaum zu sehen und Eier waren nur für 320 Mark zu haben. Wahrscheinlich waren die Preise durch die Anwesenheit der Händler in die Höhe getrieben worden.

— Oberbach. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich im nahen Köhrsdorf. Beim dortigen Wäghaus überquerte die Gleise ein mit Holz beladener Pferdewagen, als der Personenzug von Georgsvalde heranbrauste. Die Lokomotive schleuderte den Wagen zur Seite und warf ihn um, wobei er zertrümmert wurde. Der Aufscher Binkler aus Morigental wurde herabgeschleudert und erlitt schwere Wunden am Kopfe. Der Unfall war dadurch möglich, daß die Schranken nicht geschlossen waren.

— Borna. Am Schlafzimmer einer Familie hat sich schon drei Jahre hintereinander ein Schwabenpärchen bei in der Mitte des Zimmers hängende Annel als Nistplatz auserkoren. Unbeflümmert fliegen die munteren Vögel bei Tage aus und ein und treffen ihre Vorbereitungen zum Brutzgeschäft.

— Verbau. Hier sind zwei weitere Gastwirtschaften eingegangen, das bekannte Kaffee Lampsch in der Bahnhofsstraße und das Restaurant Graf Kollte. Sie wurden von der Adco bezw. der Firma Puchert in Ruppertsgrün zu Wohnungen angekauft.

— Wolfenstein. Eine seltene Jagdbeute machte ein Wildwart. Er bemerkte auf dem Wege durch den Staatswald sechs junge Füchse, die der mütterlichen Obhut entronnen waren. Es gelang ihm, fünf der jungen Füchse zu fangen, die er bei dem Jagdpächter abließerte. Dieser überließ jedoch dem Finder zwei der jungen Tiere. Der sechste Fuchs, wahrscheinlich der schlaueste, entkam.

— Leipzig. Bei dem Wetter am Sonntag traf der Blitz eine Laube der Gartenkolonie in Schönefeld, in der mehrere Personen Schutz gesucht hatten. Ein Kind des Gartenbesizers wurde getötet, die Ehefrau und ihre Schwester gelähmt.

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen am 7. Mai, vorm. 1/10 Uhr in Rössen.

Die heutige Sitzung des Bezirksausschusses, die, dem vorjährigen Brauche folgend, in diesem Jahre erstmalig draußen in Bezirk stattfand, eröffnete Amtshauptmann Dr. Siedert mit Worten der Begrüßung und des Dankes an den Stadtrat zu Rössen, der entgegenkommenderweise seinen schönen Sitzungssaal zur Verfügung gestellt hatte, sowie an den mitwirkenden Bürgermeister Dr. Schenk, der den Plan für die Befähigung industrieller Unternehmungen usw. entworfen hatte. Bürgermeister Dr. Schenk entbot dem Bezirksausschuß einen herzlichsten Willkommengruß der Stadt Rössen.

Der Amtshauptmann machte sodann Mitteilung davon, daß Herr Kreisrat Herr Dr. Krug von Ridda und von Wolfenstein demnächst in den Ruhestand trete, daß er sich beizus von der Kreisobermannschaft verabschiedet habe und bis zum Scheiden aus seinem Amte in Urlaub gegangen sei, so daß er leider auch nicht mehr an der nächsten Tagung der Bezirksversammlung teilnehmen könne. Der Amtshauptmann gedachte des Herrn Kreisratsmanns namens des Bezirksausschusses mit warmen Worten des Dankes für die weitreichende und stets alle Interessen wohl abwägende Leitung der Dienstgeschäfte, die, wie dem ganzen Regierungsbezirk, so auch dem Meißner Bezirk stets zugute gekommen sei. Der Bezirksausschuß beauftragte den Amtshauptmann, dem Dank an den Herrn Kreisrat demnächst noch schriftlich Ausdruck zu geben.

Weiter machte der Amtshauptmann Mitteilung von einer 1 Millionen Mark betragenden amerikanischen Spende, die dem Bettinifist für die dortigen Pflanzlinge und Kinder durch Vermittlung des Bruders des Anstalts-Oberinspektors Diebe zugewandt ist, und von einer weiteren, für das Kinderheim bestimmten, etwa 1/2 Millionen Mark betragenden holländischen Stiftung. Der Bezirksausschuß nahm mit Dank Kenntnis.

Die Vorstellungen, die nach einem Beschlusse in der letzten Bezirksausschusssitzung gegen die vom Arbeitsministerium beabsichtigt Durchführung des Arbeitsnachweisgesetzes in diesem Bezirke erhoben wurden, haben nach einer letzten eingehenden Berberatung, über die Amtshauptmann Dr. Siedert berichtete, Erfolg gehabt. Das Arbeitsministerium hat sich nunmehr bis auf weiteres mit der Bildung nur eines Arbeitsnachweises Meißner-Stadt und Land, dem die Stadt Meißen und der ganze Meißner Bezirk mit Ausnahme nur einiger weniger Pfarrengemeinden angehörend sollen und der mit mehreren selbständigen Zweigen ausgestattet werden soll, einverstanden erklärt. Wegen Aufstellung der Sitzungen ist das Erforderliche bereits in die Wege geleitet worden.

Der Amtshauptmann machte weiter Mitteilung über die gegenwärtige Belegung des Verpflegheims Bettinifist, die sich gegen früher wesentlich erhöht hat. Sie betrage zurzeit 179, nämlich 97 weibliche und 87 männliche Verpflegte u. 15 Kinder. Es fand hierauf mündliche Verhandlung über den Antrag des Weinbändlers Emil Weidendorfer in Coswig auf Erteilung der Genehmigung zum Ausschank von Wein und alkoholfreien Getränken in seinem Grundstück Dirlitzstr.-Nr. 83B in Coswig statt mit dem Ergebnis, daß dem Gesuchsteller in Abweichung des in einer früheren Sitzung gefaßten Beschlusses diese Genehmigung erteilt wurde, weil die Konzeption schon seit dem Jahre 1895 ununterbrochen für das betreffende Grundstück bestanden habe und das Verharren auf der Ablehnung für den 60jährigen Geschäftler eine große Härte bedeuten würde.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen der heutigen Bezirksausschusssitzung nahm die Besprechung des Voranschlags der Bezirksverwaltung der Amtshauptmannschaft Meißen auf das Jahr 1923 ein. Amtshauptmann Dr. Siedert trug die wichtigsten Ausgabe- und Einnahmeposten vor und begründete sie. Der Voranschlag der Bezirksverwaltung schlägt mit 200 Millionen Mk. Einnahme und Ausgabe, der Voranschlag für das Verpflegheim Bettinifist mit 112 570 000 Mk. Ausgabe, der Voranschlag für das Erziehungsheim Meißner-Sohnheim mit 34 200 000 Mk. Ausgabe, und der Voranschlag für die Bezirksstraße Meißner-Gaueritz mit 22 436 000 Mk. Ausgabe ab. Die hauptsächlichsten in den Haushaltsplan der Bezirksverwaltung vorgesehenen Ausgabebeurteilungen sind: 55 Millionen Mark für die Fürsorgeausgaben, 75 Millionen Mark für die Erwerbslosenfürsorge, 65 Millionen Mark für das Wohlfahrtsamt, ferner für Anstaltsverpflegskosten 45 000 000 Mk. Einzelne Gemeinden des Bezirkes seien durch die Lasten, die ihnen durch die Bezahlung der Anstaltsverpflegskosten aufgelegt werden, in die größte finanzielle Bedrängnis geraten. Es sei für 125 Siege und Verlorge im Bettinifist und für etwa 40 Stillesstränke in den Landesanstalten zu sorgen. Die Übernahme der Gemeinkosten in Höhe von 90 000 000 Mark auf den Bezirk erscheine nicht möglich, es sei deshalb die Übernahme der Hälfte der Kosten vorgeschlagen worden. Der Haushaltsplan sei vom Finanzamtsrat bzw. vom Pflegeamtsrat eingehend durchberaten und gutgeheißen worden. Nachdem der Gemeindebevollmächtigte von Rössen, den Stadtrat zu Meißen um Erhöhung des sich auf 2500 Mk. jährlich beläufigen Beitrag für die Unterhaltung der Bezirksstraße Meißner-Gaueritz, die in diesem Jahre 22 500 000 Mk. Kosten verursacht, zu erheben, erklärte sich der Bezirksausschuß einmütig damit einverstanden, die Voranschläge in der vorliegenden Aufstellung der Bezirksversammlung zur Genehmigung zu empfehlen.

Der Bezirkslehrerausschuß für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen hatte an der Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft Meißen die Bitte um Gewährung von Bezugsbefreiungen an diejenigen Schulbezirke gerichtet, die für ihr Schulpflichtverhältnis eingekauft haben, oder sie einzulösen gedenken. Eine Umirage des Amtshauptmanns bei anderen Bezirksverbänden hat ergeben, daß nur die Amtshauptmannschaft Plauen einen Beitrag von 500 000 Mark für Bewahrung von teilweise Lernmittelfreiheit in den Bezirksverwaltungen eingestellt habe. Da die Gewährung von Lernmittelfreiheit eine Erweiterung der Bezirksaufgaben bedeute, sei die Angelegenheit von der Amtshauptmannschaft Plauen dem Ministerium zur Erteilung der Genehmigung vorgelagt worden. Das Ministerium habe Bedenken getragen, diese Genehmigung zu erteilen, bevor nicht der Nachweis erbracht sei, daß nicht durch die Übernahme der Lernmittelfreiheit die Erfüllung der übrigen Pflichten der Bezirksverbände gefährdet wird. Da der Haushaltsplan der Amtshauptmannschaft Meißen für 1923 bereits fast angehängt sei, wurde der Amtshauptmann, so sehr er dies an sich bedauere, nicht für eine Genehmigung des Gesuches auszusprechen. Nach längerer Aussprache, an der sich Geschäftsführer Schmidt, Gemeindebevollmächtigte von Rössen, Gutsbesitzer Schreiber und Geschäftsälteste Tretow beteiligten, beschloß der Bezirksausschuß einstimmig, daß

Besuch aus Mangel an hierzu verfügbaren weiteren geeigneten Der Bezirksauswahlgang ging hierbei davon aus, daß, wenn überhaupt wirksam gehoben werden sollte, mehrere Hunderte Millionen zu diesem Zwecke erforderlich wären.

Den Bezirksauswahlgang beschloß sodann ein an die Gemeinde Weinböhlen gerichteter und von dieser an die Amtshauptmannschaft weitergegebener Antrag der Erwerbslosen in Weinböhlen auf Abgabe von verbilligten Lebensmitteln usw. Amtshauptmann Dr. Siebert, der in der Sache berichtete, wies darauf hin, daß die Amtshauptmannschaft bezw. der Kommunalverband erst nicht mehr wie in den Jahren der Zwangswirtschaft Lebensmittel an der Hand habe, sondern diese selbst erst auf dem freien Markt kaufen müßte. Er wies zahlenmäßig nach, daß die Abgabe auch nur um 10 Prozent verbilligter Lebensmittel an die Erwerbslosen allein in Weinböhlen den Bezirk mit monatlich vielen Millionen Mark belasten würde. Es müßte daran festgehalten werden, daß es Sache des Reiches sei, hier helfend einzugreifen. Es habe die Verpflichtung, die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen, wenn sie nicht ausreiche. Mit Rücksicht auf den finanziell sehr angepannten Haushaltsplan könne der Antrag nicht zur Annahme vorgeschlagen werden. In der Aussprache erklärte Geschäftsführer Trepte, daß er von jeder grundsätzlichen Begier der Abgabe verbilligter Lebensmittel an Rinderbrennstoffe sei. Die bisherigen Erfahrungen hätten ihm Recht gegeben. Bei einer Abgabe dies, der andere das. Bei Ankauf von Lebensmitteln in großen Mengen durch behördliche oder ähnliche Stellen usw. seien alle gezwungen, ein und dieselben Lebensmittel abzuwehmen, obwohl sie manche schon besitzen (z. B. selbstgebackene Mehl- oder Kartoffeln), oder auf anderem Wege billiger erhalten könnten. Dadurch würde zu einem Unterhandeln die Hand geboten. Die Behälter verbilligter Lebensmittel würden verschuttet, die nicht benötigte Ware unter der Hand weiter zu verkaufen. Er schloß vor, den Antrag der Gemeinde mit dem Antrage zurückzuführen, sich an die zuständigen Stellen in Reich zu wenden. Geschäftsführer Schmidt bestätigte diese Ausführungen aus ähnlichen Erfahrungen. Nachdem noch Geschäftsführer zur Sache gesprochen hatte, erklärte der Bezirksauswahlgang einstimmig, an den Unterstützungen der Erwerbslosen nicht noch in höherem Umfang teilnehmen zu können, als es der Bezirk bereits durch Uebernahme von drei Viertel des Gemeindefonds bezw. ein Viertel des Gesamtanwandes getan habe was im Jahre 1923 bereits etwa 75 Millionen Mark erfordert werde. Er beschloß demgemäß, die Antragsteller an das Reich zu verweisen und das Gesuch abzulehnen.

Der Amtshauptmann teilte dann weiter mit, daß die Ritter Güter Heynitz, Hirschfeld, Pfendorf, Löhain, Pöschwitz, Schieritz, Schleinitz, Steinbach b. W., Landenheim, Wunschwitz, Oberula, Idowitz und Weistropff sich mit den Gemeinden gleichen Namens das Rittergut Siebenbrunn mit der Gemeinde Boden und das Rittergut Korbitz mit der Gemeinde Schleitz vereinigt haben. Der Bezirksauswahlgang nahm Kenntnis und genehmigte die hierüber abgeschlossenen Verträge, insbesondere auch die steuerliche Vereinbarungen.

Durch sächsisches Gesetz vom 27. März 1923 ist, wie Regierungsrat Dr. Falk berichtete, die Erhebung einer Jugtiersteuer durch die Bezirksverbände angeordnet worden.

Der Steuerertrag müsse für Zwecke des Baus und der Unterhaltung öffentlicher Wege Verwendung finden. Die Vorbereitung zur Einhebung der Steuer habe durch die Gemeinden zu erfolgen. Jugtiere im Sinne des Gesetzes seien: Pferde, Bullen, Ziegen, Schen, Esel, Maulesel und Maultiere, soweit nicht im

Alter oder ihrer Verwendungsart ohne weiteres annehmen lassen daß sie nicht zum Ziehen auf öffentlichen Wegen (Wegen von D- u. D-III, Durchgangsstraßen, Wege für den inneren Ortsverkehr) verwendet werden (z. B. Fohlen, Zuchstiere). Steuerpflichtig sei der Besitzer des Jugtieres. Steuerfrei seien Jugtiere, die vom Reich, dem Staate, einer Gemeinde (Gemeindeverbände) oder deren Beamten zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauch gehalten werden. Das Steuerjahr sei die Zeit vom 1. April bis 31. März. Die Sätze betragen nach dem Gesetze auf das Steuerjahr für ein Pferd und ein Maultier 3000 Mk., für jedes andere Jugtier 2400 Mk. Es sei vorgesehen, die Steuer für Jugtiere in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben von nicht mehr als sechs Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche auf drei Viertel der festgesetzten Beträge zu ermäßigen. Den Bezirksverbänden sei im Gesetz weiter das Recht eingeräumt worden, die Steuerhöhe bis auf das Dreifache der im Gesetze oder durch Verordnung des Ministeriums festgelegten Steuerbeträge zu erhöhen. Ein Ueberschlag nach dem jetzigen Jugtierbestande habe ergeben, daß die Jugtiersteuer dem hiesigen Bezirksverbande ein Mindeststeuereinkommen von rund 24 Millionen Mk. einbringen würde. Andere Bezirke, z. B. Dresden-N., Dresden-S., haben eine Erhöhung auf das Dreifache der Mindestsätze beschlossen. Die Amtshauptmannschaft würde es mit Rücksicht auf die hohen Begeburtslasten der Gemeinden und des Bezirks begrüßen, wenn hier ein ähnlicher Beschluß zustande käme. Aus dem beim Ministerium des Innern zu bildenden Begeburtsrat, dem die Bezirksverbände sehr zum Hundert des Mindeststeuereinkommens abzuführen haben, würde ein Teil wieder in den Bezirk zurückfließen. Es empfehle sich deshalb, die Steuerermäßigung völlig auszuscheiden, so daß den Bezirke das Doppelte oder das Dreifache zugute käme. Rittergutbesitzer Steiger bemerkte in der Aussprache, daß die Befreiung der Staatsgüter von der Jugtiersteuer unter den Landwirten nicht verstanden würde, da die Staatsgüter so wie so genug Steuerfreiheit besäßen. Unter diesen Erleichterungen sei es zu verstehen, wenn sie billiger wirtschaften. Er sei gegen eine dreifache Erhöhung der Mindestsätze der Steuer. Gutsbesitzer Schreiber bemerkte, daß die Steuer, gegen die im Landtage schon genug Sturm gelaufen worden sei, eine ungleich wirkende Steuer sei. Die Befreiung der Landwirtschaft und schon die Industrie. Die Landwirtschaft habe die Wege bisher zum größten Teil aus eigenen Mitteln instandgehalten. Dies würde wahrscheinlich nur verbleiben. Gemeindeführer Keil und Geschäftsführer Trepte trachen sich für eine dreifache Erhöhung des Mindestsatzes der Steuer aus. Nach ihrer Meinung könne die Landwirtschaft zu stimmen. Dazu bemerkte Gutsbesitzer Schreiber, daß auch die Landwirtschaft auf dem Standpunkte stehe, daß die Aufgabensatz des Bezirkes erfüllt werden müßten. Das Gesetz greife einer der vorstehenden Neuregelung der Wegebaupflicht vor, die vorsehe, daß die gesamte Wegebaupflicht auf die Bezirke oder auf noch dreiere Schultern übertragen werden solle. Er bleibe dabei bestehen, daß die Jugtiersteuer eine ganz einseitige Belastung der Landwirtschaft bedeute. Er lehne eine Erhöhung der Steuer über das Doppelte des Mindestsatzes hinaus ab. Bürgermeister Vennor hielt es vom Standpunkte der Gemeinden aus für richtig, daß die Steuer voll ausgeschöpft werde. Gemeindeführer Blöchner regte an, zunächst mit den benachbarten Bezirken in Verbindung zu treten, damit die Erhöhung der Mindestsätze für die Amtshauptmannschaften möglichst gleichmäßig erfolge, und daß die Frage des Grades der Erhöhung noch offen bleibe, bis das Ergebnis der Umfrage vorliege. Nachdem auch der Amtshauptmann für diesen Vorschlag eingetreten war, wurde ein-

stimmig beschlossen, eine Erhöhung der gesetzlich zulässigen Steuerhöhen der Bezirksversammlung vorzuschlagen, die endgültige Höhe in der Bezirksauswahlgang vor der Bezirksversammlung festzulegen, im übrigen aber auf die Erhebung der Steuer nach den Bestimmungen des Gesetzes, weiter auf die Bildung eines Begeburtsratfonds und eines Ausschusses zur Entscheidung über Einsprüche und Gesuche um Erlaß und Ermäßigung zuzuführen.

Der Bezirksauswahlgang befürwortete nunmehr die Genehmigung eines Nachtrages zum Ortsgesetz der Gemeinde Coswig, die Ueberwachung des Bauwesens in der Gemeinde betr., und genehmigte ein Ortsgesetz der Gemeinde Diera, die Geschäftsführung für den Gemeinderat betr. Das Gesuch des Fellenbüblers August John in Coswig um Genehmigung zur Erichtung einer Feltroderei in dem Grundstücke Kurfürstentrasse Nr. 1 in Coswig wurde bedingungsweise und unter Witterungsvorbehalt genehmigt. Ferner genehmigte der Bezirksauswahlgang ein Ortsgesetz der Gemeinde Wintwitz über die Gefährdung in Angelegenheiten Schlachtvieh- und Fleischbeschau, und einen Nachtrag zur Satzung für den Gemeindeverband des Gemeindefestwärtersbezirks Scharfenberg. Zu letzterem Punkte ermächtigte er die Amtshauptmannschaft, künftig ähnliche Nachträge namens des Bezirksauswahlganges von sich aus zu genehmigen. Die Hinzuschlagung eines 66,2 Ar großen Flurstückes zum Stadtgemeindefestbezirk Siebenbrunn und ein Nachtrag zum Ortsgesetz, das Plakatwesen in der Gemeinde Köthitz betreffend, wurden ebenfalls genehmigt. Zu dem Nachtrage zur Gemeindefestwärtersordnung für die Stadtgemeinde Siebenbrunn wurde die Genehmigung befürwortet. Aus dem Ausgleichsprotokoll des Ministeriums des Innern sind dem Bezirke der Amtshauptmannschaft Meissen wieder 1213 000 Mk. überwiesen worden. Die Verteilung auf die einzelnen Gemeinden erfolgt nach dem bekannten, vom Ministerium des Innern aufgestellten Schlüssel mit Abweichungen, die besondere örtliche Verhältnisse berücksichtigen. Hierbei wurde die Amtshauptmannschaft ermächtigt, künftig weitere Verteilungen von Mitteln aus dem Ausgleichsprotokoll namens des Bezirksauswahlganges vorzunehmen. Die Entscheidung auf einen Antrag der Gemeinde Gaueritz auf wangsweise Eingemeindung der Gemeinde Gaueritz nach Isonkappel mußte ausgesetzt werden, bis weitere Unterlagen, besonders über die Vermögensverhältnisse der Gemeinde, vorliegen. Der Antrag des Amtshauptmanns, zu versuchen, für die beiden Gemeinden einen Gemeindeverband zur Anstellung eines gemeinsamen Gemeindevorstandes zu errichten, wurde zugestimmt. Zum Schluß genehmigte der Bezirksauswahlgang die Satzung des Rasenprüfungsverbandes „Eibitz“.

Der öffentlichen folgte eine nichtöffentliche Sitzung. Im Anschluß an die Sitzung wurden das Rathaus zu Pöhlen mit dem Heimatmuseum, sowie die Puppenfabrik von Gebr. Bedersichtig.

Kirchennachrichten aus Wilsdruff.

Dienstag den 15. Mai, nachm. 5 Uhr Choralstunde für Schulkinder, auch Erwachsene können teilnehmen (Konfirmandensaal).
Mittwoch den 16. Mai, nachm. 4 Uhr Jahresversammlung des Gustav-Adolf-Vereins. — Abends 6 Uhr Jungmännerverein, 7.30 Uhr Bibelbesprechung (Jugendheim). — 9 Uhr Kindergottesdienst (Pfingstvorbereitung).

Verlobungsanzeigen für die Pfingst-Nummer, die Sonnabend mittag erscheint, erbitten wir uns sobald als möglich, spätestens aber bis Freitag mittag.

Für alle Beweise der Liebe und Teilnahme, welche uns beim Hinscheiden unserer so teuren Entschlafenen, Frau
Antonie Franziska Ohndorf
geb. Müller
durch Wort, Schrift und Blumenschmuck sowie Begleitung zur letzten Ruhestätte zuteil wurden, sagen wir allen hierdurch unser herzlichsten Dank.
Wilsdruff, am 12. Mai 1923.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Markenfreie Rohsteinkohle
vom
Staatlich. Steinkohlenwerk Zauckerode
Fernsprecher Amt Freital 316 und 377.

Wegen des Umbaus der Döhlemer Wäsche wird ab 14. Mai Rohsteinkohle in beliebigen Mengen bei der **Wäsche in Döhlen**, bei dem **Oppelshaus in Zauckerode** und der **Werkniederlage in Dresden**, am Zwingerreich 5, abgegeben. Die Abgabe erfolgt im Stadtverkauf und Landabsatz gegen Sonderanweisungen des Kohlenamtes in **Dresden-N., Fröbelstraße 1**, bez. Landabsatzstelle der zuständigen Kohlenverteilungsstelle. Bestellungen für den Versand mit der Eisenbahn sind bei dem **Sächsischen Steinkohlen-Syndikate in Zwickau**, Fernsprecher Amt Zwickau Nr. 2250, 2251 und 2282, zu bewirken. Die Kohlen werden den Versorgungsbezirken und Verbrauchern auf die ihnen zustehenden Mengen nicht angerechnet. Hierdurch bietet sich eine während der Dauer der Zwangswirtschaft niemals wiederkehrende Gelegenheit sich mit Steinkohlen zu niedrigem Preise marktfrei einzudecken.

Die älteste Rossschlächterei
Speisewirtschaft und Pferdegeschäft im **Plauenschen Grunde.**
Inhaber: Kurt Siering
Freital-Potschappel, Tharandter Str. 25.
Fernruf Amt Deuben Nr. 151
kauf! lauf! Schlachtpferde z. allerhöchst. Preisen
Bei Unglücksfällen **sofort Tag und Nacht** mit Transportgeschirr zur Stelle.

Jrw. Feuerwehr
Dienstag den 16. Mai
1/8 Uhr abends 2158
Übung.

Anakreon.
Donnerstag den 17. Mai
1/8 Uhr abends **Parlkonzert**
im unteren Parl. Nachdem
Versammlung Partischänke.

Ab Dienstag wieder **Speisekartoffeln.**
Zäpel, Wilsdruff

Eisenvitriol
zum Hedrich sprizen
empfeht preiswert 2154
Drogerie Paul Alexsch.

Bereinsabzeichen
In Emaille, Festzeichen, Fahnennägel usw. Fahnen u. Banner, **Kunsthandläderei**, fertigt als Spezialität schnell und billig 2157
„Eibitz-Fahnenfabrik“
Emil Schulze,
Weißer Hirsch (Sachsen),
Lieferant der Fahnen:
Turn-Verein Grumbach,
Turn-Verein Scharfenberg.

Eine fast neue **Halbhaise**
mit abnehmbarem Bod., ein- und zweipännig zu fahren, ist zu verkaufen. 2160
Meisen, Kaiserstraße 17 I. I.

Tomatenpflanzen
mit Topfballen in frühreifenden Sorten empfiehlt
Oswin Nake, Wismarstr.

Lindenschlößchen - Lichtspiele.
Mittwoch den 16. Mai abends 8 Uhr 2160
Samson II.
Großer Abenteuerfilm in 5 Akten
mit **Luziano Albertini.**

Familien-Drucksachen
als: Besuchskarten, Verlobungs-, Vermählungs-Anzeigen, Trauerbriefe, Dankfagungen, Briefbogen usw. liefert :: in geschmackvoller Ausführung ::
Buchdruckerei Arthur Schunke.

Suche für sofort tüchtiges **Hausmädchen**
mit guten Zeugnissen. 2160
Frau Dr. Kunze,
Rittergut Weistropff.

Tüchtige Wirtschafterin
in gute Stellung bei Familien- anschluss auf kleines Gut für 1. Juni 1923 gesucht. Angebote unter „S“, postlagernd Grumbach. 2160

Rosener Produktenbörse am 11. Mai.
Weizen neu 68000—70000, Weizen neu in Ladungen —, Roggen neu 58000—60000, Sommergerste 50000 Wintergerste — — —, Hafer neu 47000 bis 53000, Weizenmehl 70% 108000, Roggenmehl 75% 88000, Roggenmehl 86% 83000, Futtermehl II —, Roggenkleie inkl. 38000, Weizenkleie grob 38000, Maiskörner 70000, Maisfrot 74000, Kartoffeln neu 3200 —

Meißner Produktenbörse am 12. Mai.
Weizen 70000—72000*, Roggen 60000—62000*, Wintergerste — — —*, Sommergerste 50000—54000*, Hafer 48 000—54 000*, Raps, trocken 110 000*, Mais 79 000**, Rottklee, alt 650 000—800 000**, Trockenschmigel 28000**, Wiesenheu, sächs. 26000—28000*, Futterstroh, 23000*, Kleie 38000*, Kartoffeln 3400*. Stimmung: Fester. Die mit * bezeichneten Preise sind Erzeugerpreise, die mit ** Handelspreise.

Gut getrocknete Stiefmütterchen u. Taubnesselblüten
kauft zu hohen Preisen
Drogerie Paul Alexsch.

Feldbahngleise
und Kippwagen zu kaufen gesucht. 2161
Fa. Rudolf Hans Schiebel,
Blasewitz bei Dresden.

Tüchtige Wirtschafterin
im Alter von 40—50 Jahren, unabhängig von Gewerbetreibenden mit kl. Landwirtschaft zum baldigen Antritt gesucht. Heirat erwünscht. Angebote unter 100 postlagernd Weistropff. 2160

Weiche mit Henko die Wäsche ein!
Henko
Henko's Wasch- u. Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz.
Henkel & Cie. Düsseldorf